

Kachel, Steffen, Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe, Bd. 29), Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2011, 599 S., geb., 64,90 €.

Den Anfangs- oder Ausgangspunkt von Transformationsprozessen zu bestimmen, ist gemeinhin nicht einfach. Denn dass diesen zumeist politikhistorisch gesetzten Zäsuren oft nur Katalysatorfunktionen zukommen, ist bekannt – wenn auch schwierig nachzuweisen. Von einer solchen Überlegung geht auch der Historiker Steffen Kachel in seiner unlängst erschienenen Dissertation aus, die eine Längsschnittstudie der Thüringer Arbeiterbewegung über die Einschnitte 1933 und 1945 hinweg darstellt. Und mehr noch, Kachel setzt auch ein anderes Geschichtsbild der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der frühen DDR voraus, dass nicht vom Ende her gedacht wird – vom erwartbaren Scheitern einer moskauhörigen, kadergelenkten „sowjetischen Satrapie“ (Hans-Ulrich Wehler). Vielmehr fragt Kachel richtigerweise nach Kontinuitäten aus der Weimarer Republik in die Zeit zwischen 1945 und 1949, nach erhaltenen Traditions- wie auch Konfliktlinien, nach sich daraus ergebenden Spielräumen für Politik und politisches Agieren. Und auch wenn diese Frage keineswegs neu ist, ihre arbeitsintensive Beantwortung steht für die meisten Länder der ehemaligen SBZ/DDR noch aus.

Folgerichtig setzt sich Kachel in den ersten beiden Kapiteln seiner Arbeit mit dem „Rucksack“ (S. 21) der Arbeiterbewegung in Thüringen auseinander, mit SPD und KPD gleichermaßen. Während das erste Kapitel dabei an Begriffen wie „Generation“ oder „Milieu“ orientierte Detailstudien bietet, zeichnet er im zweiten Kapitel ein tiefenscharfes Bild der Arbeiterbewegung in Thüringen nach, das im Zeitalter der Industrialisierung beginnt und über die Spaltung der SPD in das linksrepublikanische Projekt, der Regierungsbildung von SPD und KPD 1923, führt. Wobei sich hier Besonderheiten im Agieren und in der Zielsetzung der Protagonisten zeigten, die gerade den Fall Thüringen zu einem ‚Sonderfall‘ machten und dessen programmatische wie organisatorische Ausrichtung bis in die Zeit nach 1945 nachwirken sollte: Schließlich war die Thüringer SPD in der Weimarer Republik weithin stärker durch die USPD und damit durch den linken Flügel geprägt, als dies etwa in Sachsen der Fall gewesen ist; die Kritik am ‚Burgfrieden‘ im Ersten Weltkrieg war beispielsweise in Thüringen besonders stark ausgefallen. Gleichzeitig galten die Vertreter der Thüringer KPD der Parteileitung in Berlin als zu „rechts“ stehend, zu wenig revolutionär und zu wenig auf die Ausbildung eigener, etwa gewerkschaftlicher Strukturen ausgerichtet. Diese Ausgangsvoraussetzungen führten schließlich dazu, dass auch nach der Reichsexekutive 1923 das Ziel der Bildung einer linken Arbeiterregierung beziehungsweise die Erlangung einer linken Mehrheit im Freistaat nicht aufgegeben wurde. Während dies etwa in Sachsen zu Spaltungen und zum stärkeren Zugehen auf bürgerliche Bündnispartner führte. Weiterhin sollte die Zeit des Nationalsozialismus entscheidenden Einfluss auf die folgende Entwicklung nehmen: Zwar wirkten, wie in anderen Regionen, auch in Thüringen Funktionäre und Mitglieder beider Parteien im Widerstand oder gingen ins Exil. Allerdings hatte die Existenz des Konzentrationslagers Buchenwald, in dem ein nicht unerheblicher Teil der Funktionäre aus Mitteldeutschland und eben Thüringen gefangen war, erhebliche Nachwirkungen – aus den dort gebildeten Strukturen unter den Häftlingen gingen gewissermaßen die neuen Strukturen hervor, bei der KPD bildete sich aus diesen 1945 etwa die Bezirksleitung Thüringen, die erneut in Opposition zum Zentralkomitee in Berlin stand. Insbesondere hier sollte sich zeigen, dass der in weiten Teilen personalpolitisch motivierte Versuch der KPD auf Reichsebene, eben jenen „rechten Flügel“ 1928/29 auszuschalten, langfristig nicht erfolgreich war – dies nicht zuletzt, da sich gerade diese Funktionäre im Scheitern der KPD-Taktik 1933 nach 1945 bestätigt sahen.

Der Umbruch im Mai 1945 sollte zwar den Sozialdemokraten mehr in die Hände spielen – Thüringen war aufgrund des Kriegsverlaufs amerikanisch besetzt, die dortigen Besatzungsbehörden bevorzugten

bei der Besetzung von Funktionen eindeutig SPD-Mitglieder. Allerdings mündete der Besatzungswechsel im Juli 1945 keineswegs in eine Konfrontationssituation: Zwar versuchte die KPD, nunmehr Macht und vor allem Funktionen zu erlangen. Dies führte aber nicht zur Aufkündigung des antifaschistischen Grundkonsenses – jenes „deutschen Wegs zum Sozialismus“ (S. 455) – oder gar zur Verdrängung von aktiven Sozialdemokraten. Vielmehr konnten letztere bis in den Sommer 1948 aktiv Politik in der SED gestalten, generell lassen sich mit Blick auf die Vereinigung von SPD und KPD in Thüringen weitaus weniger Konflikte und ein in der SBZ eher ungewöhnlicher Zuspruch zur SED konstatieren. Die von Kachel verfolgten biografischen Kontinuitäten sind dabei besonders augenfällig: Nach 1945 hatten in Thüringen etwa 90% jener Personen mit zentralen Ämtern oder Funktionen eine parteipolitische Biografie bis 1933, ein erheblicher Teil war gar vor 1918 in der Arbeiterbewegung sozialisiert. Was nicht zuletzt auch zur Kontinuität in Arbeitsmustern, mehr noch aber in den „Traditionsüberhängen“ (S. 442) der programmatischen, sich oftmals aus den individuellen politischen Biografien ergebenden Verortungen führte – etwa in Fragen der Bildungs- oder Kommunalpolitik. Erst der Sommer 1948 sollte hier eine Wende bringen, die zunehmende Blockkonfrontation führte in Thüringen zu einem ersten Elitenwechsel und schließlich in der Phase des „Hochstalinismus“ (S. 521) in die bekannten Muster der Repression. So mag zwar einerseits, wie eingangs erwähnt, eine vom Ende her gedachte Geschichte zum selben Ergebnis kommen – auch wenn es den Protagonisten der Thüringer Arbeiterbewegung nach 1945 gelang, einen eigenen Weg zu gehen, so ließ sich damit die ‚große Politik‘ eben nicht aufhalten. Andererseits gelingt es Kachel, innerhalb dieses Prozesses – immerhin ein Zeitraum von drei Jahren – die vorhandenen Spielräume wie auch das Changieren in der Ziel- und Umsetzung von Besatzungspolitik aufzuzeigen, Gleiches gilt für die vom Autor dargestellte Binnendifferenz des politischen Spektrums. Und mehr noch, er vermag uns jenen Enthusiasmus der späten 1940er Jahre vor Augen zu führen, den vielleicht manchmal zu idealistischem Blick der Protagonisten auf einen plötzlich möglichen demokratischen, mithin nicht unter sowjetischen Vorzeichen stehenden Neuanfang.

Steffen Kachel hat eine beeindruckend quellen- und literaturgesättigte Arbeit vorgelegt, die nicht nur Antworten auf Fragen der Kontinuität und des Wandels politischer Milieus gibt. Vielmehr leistet er mit seinem ohnehin überzeugenden sozialstrukturellen Vergleich landes- wie auch parteiengeschichtliche Grundlagenarbeit, die über die 42 beigegebenen Tabellen (Wahlergebnisse, Gremienbesetzungen, Kontinuitäten von Funktionen und Funktionären) und mehr noch über die 105 Kurzlebensläufe im Anhang (S. 537-572) – teilweise handelt es sich hier um thüringische Funktionäre der unteren und mittleren Landesebene, über die gemeinhin wenig bis nichts bekannt ist – weiterführender Forschung zur Verfügung steht. Überdies ist der Band durch ein Personen- und Ortsregister erschließbar, gerade biografische Vertiefungen sind also problemlos möglich. Diese ‚Serviceleistung‘ steigert den Wert des Buchs, dessen Befunde überzeugend argumentiert und sprachlich sehr gut lesbar dargeboten werden, ohne Frage.

Swen Steinberg, Dresden

Zitierempfehlung:

Swen Steinberg: Rezension von: Steffen Kachel, Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe, Bd. 29), Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2011, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 52, 2012, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81296>> [18.11.2011].